

FORDISTISCHER KAPITALISMUS: KEYNESIANISCHE ÖKONOMIE

INHALT

- 1 EINLEITUNG
- 2 DER INSTITUTIONELLE HINTERGRUND: VOM KLASSISCHEN LIBERALISMUS IN DIE KRISE DES KAPITALISMUS
 - 2.1 Der klassische Goldstandard
 - 2.2 Der Umbruch nach 1918
 - 2.3 Die Krise des Kapitalismus: Diagnosen und Therapien
- 3 JOHN MAYNARD KEYNES: LEBEN UND WERK
- 4 KEYNES "ALLGEMEINE THEORIE DER BESCHÄFTIGUNG"
 - 4.1 Keynessche vs. klassische Krisenerklärung: Nachfragemangel oder Saysches Gesetz ?
 - 4.2 Das Einkommen-Ausgaben-Modell
 - 4.3 Die Instabilität der Marktwirtschaft
 - 4.4 Das Stagnationsproblem
- 5 DAS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PROGRAMM DES KEYNESIANISMUS
- 6 AUFSTIEG UND NIEDERGANG DES KEYNESIANISMUS

1 EINLEITUNG

John Maynard Keynes, dessen Werk - die von ihm initiierte "**Keynessche Revolution**" in der ökonomischen Theorie bzw. der Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Programm - im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht, muss zweifellos als einer der einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts gelten. Auch wenn der Keynesianismus heute vielfach (und vielleicht voreilig) als überholt angesehen wird, so stellt er doch den bedeutendsten Ansatzpunkt für die Begründung eines systematischen Staatseingriffes in den Wirtschaftsablauf und damit eine wichtige Gegenposition zum (Neo-)Liberalismus dar. Ebenso wäre ohne Keynes die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der makroökonomischen Theorie kaum denkbar - und diese ist noch immer ein unentbehrliches Instrument im Werkzeugkasten der Ökonomie.

Im Folgenden wird zunächst (in Abschnitt 2) das Umfeld erörtert, vor dessen Hintergrund - und geprägt durch die große Wirtschaftskrise der 30er Jahre - die Keynessche Theorie entstanden ist. Nach einem kurzen biographischen Abriss (Abschnitt 3) wird die Keynessche Theorie selbst in Abschnitt 4 in den Grundzügen dargestellt, das daraus folgende wirtschaftspolitische Programm des Keynesianismus in Abschnitt 5. Den Abschluss bildet eine kurze Skizze über Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus.

2 DER INSTITUTIONELLE HINTERGRUND: VOM KLASSISCHEN LIBERALISMUS IN DIE KRISE DES KAPITALISMUS

Keynes schrieb die meisten seiner Werke nicht der bloßen Lust an der Theorie willen, sondern wie

ein Kommentator anmerkte als "tracts for the times", d.h. in der Auseinandersetzung mit den jeweils aktuellen wirtschaftlichen Problemen seiner Zeit. Daher ist ein Blick auf das historische Umfeld, in dem die keynesianische Theorie entstanden ist, für deren Verständnis notwendig.

2.1 Der klassische Goldstandard

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs waren die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen durch die Herrschaft des sog. "klassischen Goldstandards" bestimmt. Der Goldstandard war zunächst ein Regelwerk des internationalen Wirtschaftssystems, nach außen hin charakterisiert durch ein Regime fester Wechselkurse - die Währungseinheiten wurden als "Goldparität", d.h. durch eine bestimmte Goldmenge, fixiert, durch eine hohe Mobilität der Kapitalströme zwischen den Ländern und durch eine am Freihandelsprinzip orientierte Handelspolitik. Dieses internationale Regelwerk erlegte den einzelnen Ländern Bindungen auf, die sog. "Spielregeln" des Goldstandards, die eine Orientierung der Wirtschaftspolitik an den externen Zielen (wie der Erhaltung der Goldparität) erzwangen und damit die Verfolgung interner (nationaler) Ziele (wie Vollbeschäftigung) unmöglich machten: So war etwa die Geldpolitik auf die Verteidigung des Wechselkurses ausgerichtet, die Staatsfinanzen vom Vertrauen der internationalen Finanzmärkte abhängig und daher zu einer "soliden" Finanzpolitik gezwungen, die auf interne Erfordernisse keine Rücksicht nehmen konnte. Kam es in der heimischen Wirtschaft zu Krisen und Arbeitslosigkeit, so lag die ganze Last der Anpassung auf der Flexibilität von Preisen und Löhnen - im Vertrauen darauf, dass als letztes Heilmittel generelle Lohnsenkungen den Weg aus der Krise garantierten. Insgesamt kann der klassische Goldstandard daher als der (makropolitische) Rahmen für die Wirtschaft des klassischen Liberalismus angesehen werden, auch insofern als er - pointiert formuliert - staatliche Wirtschaftspolitik weitgehend verhinderte.

2.2 Der Umbruch nach 1918

Nach dem Ende des ersten Weltkriegs wurde der Versuch unternommen, den wie immer in Kriegszeiten sistierten Goldstandard zu restaurieren. Allerdings gerieten nun die Spielregeln des Goldstandards zunehmend in Konflikt mit den geänderten institutionellen Rahmenbedingungen, ein Konflikt, der schließlich im Desaster der Großen Depression der 30er Jahre endete. Stichwortartig sind als Elemente dieses Konflikts hervorzuheben:

* Der **Machtzuwachs der Arbeitnehmer-Interessen** (Gewerkschaften): Aufbau und Ausbau der Sozialpolitik (z.B. Einführung des 8-Stunden-Tages, von Pensions- und Arbeitslosenversicherung, Durchsetzung von Tarifverträgen); aus der Sicht des klassischen Liberalismus bedeutete das Erhöhung der Steuer- und Soziallasten und eine geringere Flexibilität der Löhne.

* Die **Desintegration des internationalen Handels- und Währungssystems**: Anpassung an geänderte Handelsstrukturen nach dem Krieg (Russland und die Nachfolgestaaten der Monarchie), das Problem der Reparationen und der Kriegsschulden der Alliierten, der Verlust der zentralen ("hegemonialen") Stellung Großbritanniens im internationalen Währungssystem.

* Die **Hyperinflationen der 20er Jahre**: Folge der Überlastung der Budgets durch den Übergang zur Friedenswirtschaft und durch die Kriegs- und Reparationsschulden, Schwäche des Staates gegenüber den Interessengruppen. Die Hyperinflation (definiert als mindestens 50%ige Preissteigerung im Monat) entwertet Geld und Finanzvermögen und hinterlässt weit verbreitete Inflationsangst.

Aus der Konfrontation der "**Goldstandard-Mentalität**" mit den geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kommt es zur Großen Depression der 30er Jahre - als die Krise ausbricht und sich zunehmend verschärft, wirken weder die Mechanismen (Preis- und Lohnflexibilität), auf die der

klassische Liberalismus vertraut hat, noch greift die staatliche Wirtschaftspolitik ein, die Wirtschaft wird vielmehr sich selbst und ihren vorgeblichen Selbstheilungskräften überlassen. Das Resultat sind dramatische Rückgänge der Produktion und der Beschäftigung - in den USA sinkt das Sozialprodukt von 1929 bis 1933 um nahezu 30%, die Arbeitslosenrate in der Industrie steigt auf über 35% -, in der Folge Finanz- und Währungskrisen, schließlich der endgültige Zusammenbruch des Goldstandards. Im Phänomen von "Armut inmitten von Überfluss" manifestiert sich die größte Krise des kapitalistischen Systems.

2.3 Die Krise des Kapitalismus: Diagnosen und Therapien

Als Folge der Großen Depression (und der nachfolgenden Kriegswirtschaft) waren in der öffentlichen Meinung die Institutionen der Marktwirtschaft in ihrer Reputation nachhaltig beschädigt, der Planung, wenn nicht dem Sozialismus, schien die Zukunft zu gehören. Diese Markt- vs. Plan-Debatte spiegelte sich auch in der Diskussion auf wissenschaftlicher Ebene wieder. Die Diagnosen und vorgeschlagenen Therapien reichten vom Programm einer Restauration des klassischen Liberalismus als einzigem Ausweg, wie er u.a. von den "Österreichern" L. Mises und F.A. Hayek propagiert wurde, und dem von J.A. Schumpeter prophezeiten Untergang des Kapitalismus bis hin zum hier interessierenden Keynes'schen Projekt der Rettung des (bzw. eines reformierten) Kapitalismus durch bessere (nämlich keynesianische) Wirtschaftspolitik.

3 JOHN MAYNARD KEYNES: LEBEN UND WERK



John Maynard Keynes (1883-1946) stammte aus der englischen Oberschicht und war, wie sein erster Biograf, Roy Harrod, schreibt, geprägt von den "presuppositions of Harvey Road" (Harvey Road = Keynes' Elternhaus), "... meaning a Victorian compound of moral earnestness, worldly improvement and rational persuasion by a self-appointed élite". [BLAUG 1990 : S.3] Keynes studierte in Cambridge und war Mitglied der Bloomsbury Group, einem non-konformistischen Kreis von KünstlerInnen und PhilosophInnen. Er schlug eine Beamtenlaufbahn ein, arbeitete während des Ersten Weltkriegs für das Schatzamt (Finanzministerium) und nahm als Vertreter Englands an den Friedensverhandlungen von Versailles teil. 1919 verließ er unter Protest das Verhandlungsteam, da er die hohen Reparationszahlungen, die Deutschland auferlegt wurden, für kontraproduktiv hielt. Ende desselben Jahres erschien sein Pamphlet "The Economic Consequences of the Peace" (1919), in dem er die Gründe für seine Ablehnung erklärte. Das Buch war ein internationaler Bestseller und machte Keynes berühmt. In den 20er Jahren war Keynes einer der bekanntesten Ökonomen, Lecturer an der Cambridge University und Herausgeber des renommierten "Economic Journal". Daneben spekulierte er höchst erfolgreich an der Börse (gleichzeitig vermehrte er als Schatzmeister der Cambridge University auch deren Vermögen).

Wissenschaftlich beschäftigte sich Keynes mit Fragen der Geld- und Währungstheorie. Bereits in seinem ersten Werk, "A Tract on Monetary Reform" (1923), übte er Kritik am Goldstandard ("a barbarous relic") und dessen Unvereinbarkeit mit einer Politik, die auf interne Stabilisierung gerichtet ist. 1925 war er einer der schärfsten Kritiker von Großbritanniens Rückkehr zum Goldstandard. Wie er richtig voraussah, führte der überhöhte Pfund-Kurs zu andauerndem Deflationsdruck und Arbeitslosigkeit. Die "Treatise on Money" (1930) war als Keynes' geldtheoretisches Hauptwerk geplant. In ihr fanden sich bereits erste Ansätze einer später als "keynesianisch" bezeichneten Wirtschaftspolitik, die Aufnahme in der Fachwelt war jedoch zwiespältig. Keynes gelangte noch während der Arbeit an der "Treatise" zur Überzeugung, dass für eine befriedigende Begründung von Unterbeschäftigung als typisches Phänomen der kapitalistischen Marktwirtschaft ein radikalerer Bruch mit den orthodoxen Theorien der Neoklassik notwendig sei. So

entstand - nach ausgiebiger Diskussion, u.a. in einem kleinen Kreis Eingeweihter, dem sog. "Cambridge Circus" - die "General Theory of Employment, Interest and Money" (1936). Es war dieses Werk, das die sog. "Keynessche Revolution" in der ökonomischen Theorie auslöste und in der theoretischen Diskussion alle konkurrierenden Ansätze für lange Zeit an den Rand drängte.

Während des 2. Weltkriegs arbeitete (mittlerweile Lord) Keynes wieder im Schatzamt an Fragen der Kriegsfinanzierung und führte von englischer Seite die Verhandlungen, aus denen 1944 das Weltwährungssystem von Bretton Woods hervorging. 1946 stirbt er auf seinem Landsitz in Tilton am letzten einer Serie von Herzinfarkten.

4 KEYNES' "ALLGEMEINE THEORIE DER BESCHÄFTIGUNG"

Keynes' "General Theory" stellte insoweit den Anspruch eine "allgemeine" Theorie zu sein, als sie sowohl den Fall der Unterbeschäftigung als auch der Vollbeschäftigung erkläre, während Keynes die orthodoxe Theorie als eine spezielle Theorie ansah, die nur für eine vollbeschäftigte Wirtschaft gültig sei. Im übrigen bezeichnete Keynes die damals herrschende Orthodoxie als "klassische Ökonomie" - abweichend vom heute üblichen Sprachgebrauch, der hierfür den Ausdruck "Neoklassik" verwendet; in diesem Abschnitt werden der Einfachheit halber beide Bezeichnungen synonym verwendet.

4.1 Keynessche vs. klassische Krisenerklärung: Nachfragemangel oder Saysches Gesetz?

Die klassische Krisenerklärung sieht Arbeitslosigkeit als ein Problem des **Arbeitsmarktes**: Herrscht auf dem Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht (Angebot = Nachfrage), dann findet beim gleichgewichtigen Reallohn jede Person, die Arbeit anbietet, auch einen Arbeitsplatz, es liegt in diesem Sinne Vollbeschäftigung vor. Zudem sorgen - nach klassischer Sicht - die Marktmechanismen dafür, dass jede bei Vollbeschäftigung produzierte Gütermenge auch abgesetzt werden kann: Jedes Angebot findet seine Nachfrage, es kann keine allgemeine Überproduktion geben. Diese Aussage wird auch als das "Saysche Gesetz" bezeichnet (nach dem französischen Ökonomen **Jean-Baptiste Say**, 1776-1832). Die Gültigkeit dieses Gesetzes garantiert, dass langfristig betrachtet das Wirtschaftswachstum nicht durch mangelnde Nachfrage begrenzt werden kann. Während somit Vollbeschäftigung mit Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt identifiziert wird, entspricht (unfreiwillige) Arbeitslosigkeit einem Ungleichgewicht: Ist der Reallohn (aus welchen Gründen immer, z.B. durch die Aktivität der Gewerkschaften) zu hoch, dann herrscht auf dem Arbeitsmarkt ein Angebotsüberschuss (mehr Arbeitssuchende als freie Stellen), d.h. Arbeitslosigkeit. Der zu hohe Reallohn, d.h. die im Vergleich zum Produktpreis zu hohen Arbeitskosten, führt dann auch dazu, dass die Unternehmen ihre Produktion einschränken. Die Krise entsteht somit durch eine von überhöhten Reallöhnen hervorgerufene Einschränkung des Angebots auf dem Gütermarkt, ist also nicht primär ein Problem mangelnder Nachfrage. Aus dieser Diagnose folgt die klassische Therapie: Lohnsenkungen als Rezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Keynessche Krisenerklärung geht im Gegensatz dazu vom **Gütermarkt** aus. Keynes bestreitet die Gültigkeit des Sayschen Gesetzes und sieht die Ursache von Krise und Arbeitslosigkeit in einem generellen Nachfragemangel: Die Güternachfrage bleibt hinter der mit Vollbeschäftigung möglichen Produktion zurück. Der in der Krise allenfalls zu beobachtende überhöhte Reallohn ist demnach nicht Ursache, sondern Folge der Krise. Denn in einer Geldwirtschaft wird auf dem Arbeitsmarkt, z.B. durch Lohnverhandlungen, der Nominallohn (der Lohn in Geldeinheiten) und nicht der Reallohn bestimmt. Der Reallohn (der Nominallohn im Verhältnis zum Preisniveau, d.i. der Lohn in Gütereinheiten) ergibt sich daher aus dem fixierten Nominallohn und dem durch die Güternachfrage bestimmten Preisniveau - eine niedrige Güternachfrage führt zu einem niedrigen Preisniveau und bei gegebenem Nominallohn zu einem hohen Reallohn. Die Keynessche Therapie von Arbeitslosigkeit

setzt daher auf die Schaffung zusätzlicher Nachfrage, gegen die klassische Therapie wird eingewandt, dass Nominallohnsenkungen keineswegs zu einem niedrigeren Reallohn führen müssen - das hänge vielmehr davon ab, wie die Nachfrage auf solche Lohnsenkungen reagiert.

4.2 Das Einkommen-Ausgaben-Modell

Die Grundzüge der Keynesischen Argumentation lassen sich, stark vereinfacht, im sog. "Einkommen-Ausgaben-Modell" darstellen. Dieses stellt für eine geschlossene Volkswirtschaft das (National-) Einkommen Y und die (gesamtwirtschaftlichen) Ausgaben Z einander gegenüber. Dabei ist nach den Konventionen der volkswirtschaftlichen Statistik das Einkommen mit dem Wert der Produktion (dem Sozialprodukt) identisch. Die Ausgaben setzen sich aus dem privaten Konsum C und den Investitionen I zusammen; der Einfachheit halber werden hier die Staatsausgaben vernachlässigt, ebenso käme in einer offenen Wirtschaft noch der Saldo aus Exporten und Importen hinzu.

Die Entscheidung über die Produktion und damit über das Einkommen treffen die Unternehmen, über die Ausgaben entscheiden die privaten Haushalte (über C) und die Unternehmen (über I). Ein **Gleichgewicht** liegt vor, wenn einander Einkommen und Ausgaben entsprechen:

$$(1) Y = Z = C + I$$

Die üblichen Merkmale eines Gleichgewichts sind hier erfüllt: Weil die Pläne der Anbieter (die Unternehmen als Produzenten) und der Nachfrager miteinander übereinstimmen, gibt es keinen Anreiz, von dem einmal erreichten Gleichgewichtszustand abzuweichen. Anders wäre das in einem Ungleichgewicht. Ist $Y > Z$, so kann nicht die gesamte Produktion abgesetzt werden und die Unternehmen werden die Produktion einschränken. Umgekehrt werden im Falle $Y < Z$ die Unternehmen die Produktion ausdehnen, weil die Nachfrage die Produktion übersteigt. Der Wert des Einkommens im Gleichgewicht wird, Keynes folgend, als "**effektive Nachfrage**" bezeichnet.

Um herauszufinden, wovon der Gleichgewichtswert des Einkommens, d.i. die effektive Nachfrage, abhängt und ob ein genereller Nachfragemangel möglich ist, muss zunächst untersucht werden, was die Höhe der Ausgaben bestimmt.

Die Konsumausgaben werden aus Keynesischer Sicht in erster Linie vom Einkommen bestimmt. Keynes formuliert hierfür das sog. "fundamentale psychologische Gesetz", wonach ein Einkommenszuwachs wohl zu einem Konsumzuwachs führt, jedoch in einem geringeren Ausmaß. Dieser Zusammenhang wird durch die "marginale Konsumneigung" beschrieben, die angibt, welcher Anteil eines Einkommenszuwachses für zusätzlichen Konsum verwendet wird. Nach Keynes' "Gesetz" liegt diese marginale Konsumneigung zwischen null und eins. Eine einfache diesem Gesetz gehorchende "**Konsumfunktion**" ist etwa die folgende:

$$(2) C = a + bY$$

Hierbei ist a ein autonomer Bestandteil des Konsums und b ist die marginale Konsumneigung. Ein $b = 0.75$ bedeutet somit, dass bei einer Erhöhung des (National-) Einkommens um 100 Einheiten der Konsum um 75% von $100 = 75$ Einheiten zunehmen wird.

Gegengleich ist aus der Konsumfunktion zu ersehen, wie die private Ersparnis S vom Einkommen abhängt. Die private Ersparnis ist als jener Teil des Einkommens definiert, der von den Haushalten nicht für Konsumzwecke ausgegeben wird. Demnach gilt:

$$(2') S = Y - C = Y - a - bY = -a + (1-b)Y$$

Wegen dieses Zusammenhangs lässt sich im Übrigen die Gleichgewichtsbedingung (1) auch umformulieren. Wird auf beiden Seiten der Gleichung C abgezogen und die Definition der Ersparnis, $S = Y - C$, berücksichtigt, so ergibt sich die zu (1) gleichwertige Gleichgewichtsbedingung:

$$(1') S = I$$

Die Interpretation von (1') liegt auf der Hand: Die Produktion von Y schafft ein gleich hohes Einkommen, das den Haushalten (z.B. in Form von Löhnen und Profiten) zufließt. Diese geben davon einen Teil, die Konsumausgaben C , aus, der verbleibende Rest $Y - C = S$ wird gespart. Würden nur die Haushalte Ausgaben tätigen, käme es daher in der Höhe der Ersparnis zu einer "Lücke" zwischen Einkommen und Ausgaben. Diese Lücke kann allerdings durch die Investitionsausgaben der Unternehmen geschlossen werden: Investieren diese genau in der Höhe der Ersparnis, so stimmen Einkommen und Ausgaben wieder überein und es herrscht ein Gleichgewicht. Würden jedoch die Ersparnisse die Investitionen übertreffen, $S > I$, dann entspräche das dem Fall $Y > Z$, und die Unternehmen würden die Produktion einschränken.

Die Investitionsausgaben spielen somit in der Keynesischen Theorie eine zentrale Rolle. Wie wir sehen werden, kann nur ein ausreichendes Niveau der Investitionsausgaben einen Nachfragemangel verhindern. Wovon wird nun die Höhe der Investitionen abhängen? Keynes folgt in seinen Überlegungen zunächst den Grundzügen der neoklassischen Investitionstheorie. Die Investitionsentscheidung beruht demgemäß auf der Gegenüberstellung der erwarteten Rendite des Investitionsprojekts (gelegentlich auch als "interne Verzinsung" bezeichnet, bei Keynes heißt sie "marginal efficiency of capital") und dem Marktzinssatz, der für die Finanzierungskosten des Projekts (bzw. für die Opportunitätskosten einer alternativen Vermögensanlage) steht. Im Allgemeinen werden Investitionsprojekte dann ausgeführt werden, wenn die erwartete Rendite den Marktzinssatz übersteigt, die Höhe der Investitionsausgaben wird daher positiv von den Erwartungen der Investoren (E) und negativ vom Marktzinssatz (r) abhängen. Das führt zur folgenden

Investitionsfunktion:

$$(3') I = I(E, r)$$

Das spezifisch Keynesianische an dieser Formulierung liegt hierbei in der Betonung der Erwartungen: Einerseits sind für die Investitionsentscheidung selbst die (schwankenden) Erwartungen der Investoren wichtiger als die Bewegungen des Zinssatzes. Und andererseits wird der Zinssatz auf den Finanzmärkten bestimmt, auf denen wiederum Erwartungen - und zwar die der Anleger - eine entscheidende Rolle spielen.

Die Erwartungsbestimmtheit der Investitionen mag es nun gerechtfertigt erscheinen lassen, als erste Annäherung die Abhängigkeit der Investitionen von anderen ökonomischen Variablen zu vernachlässigen und sie als eine (exogen) gegebene Größe zu erfassen. Dann gilt:

$$(3) I = \hat{I}$$

Zusammenfassend besteht unsere vorläufige und stark vereinfachte Darstellung des Keynesischen Systems aus der Gleichgewichtsbedingung (1), der Konsumfunktion (2) und der Investitionsfunktion (3). Die "Lösung" erhalten wir durch Einsetzen von (2) und (3) in (1):

$$Y = C + I = a + bY + \hat{I}$$

$$(4) Y^* = (a + \hat{I}) / (1 - b)$$

In Worten: Im Gleichgewicht ergibt sich die effektive Nachfrage Y^* als ein Vielfaches, $1/(1-b) > 1$, der autonomen Ausgaben ($a+I$). Dieses Vielfache heißt bei Keynes (und seither) der "**Multiplikator**" und seine Bedeutung wird klar, wenn gefragt wird, wie sich eine Änderung in der Höhe der autonomen Ausgaben, z.B. der Investitionen, auf die effektive Nachfrage auswirken wird. Aus (4) folgt offenbar:

$$(5) \Delta Y / \Delta I = 1 / (1 - b)$$

d.h. eine Erhöhung der Investitionsausgaben bewirkt eine Zunahme der effektiven Nachfrage um ein Vielfaches im Ausmaß des Multiplikators. (Das Gleiche gilt im Übrigen für andere, hier nicht dargestellte autonome Ausgabenkomponenten wie insbesondere die Staatsausgaben.)

Ökonomisch ist dieser **Multiplikatoreffekt** durch die Konsumfunktion zu erklären: Werden

autonome Ausgaben um ΔA erhöht, dann bewirkt das zunächst eine Erhöhung der Produktion und damit des Einkommens um ΔA . Die Zunahme des Einkommens um ΔA hat wiederum - gemäß der Konsumfunktion (2) - eine Zunahme des Konsums um $b\Delta A$ zur Folge. In einer "zweiten Runde" steigen Produktion und Einkommen um $b\Delta A$, und als Reaktion der Konsum um $b(b\Delta A)$, usw. Jede weitere Runde bringt einen, wenn auch abnehmenden Zuwachs. Am Ende ergibt sich für die Zunahme des Einkommens:

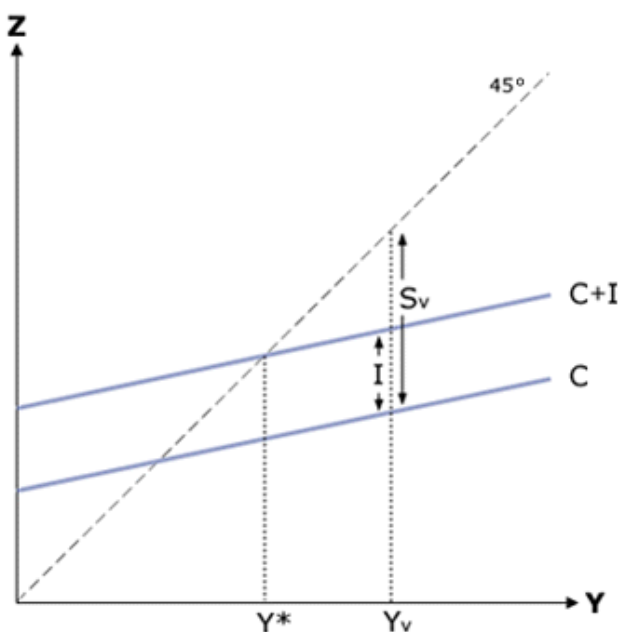
$$\Delta Y = (1 + b + b^2 + b^3 + \dots) \cdot \Delta A = \Delta A / (1-b)$$

d.h. der Wert des Multiplikators entspricht der Summe dieser geometrischen Reihe.

Damit sind wir schließlich soweit, die zentrale Frage nach der Möglichkeit eines allgemeinen **Nachfragemangels** im Rahmen des Keynesischen Modells stellen zu können. Wir gehen wieder in Übereinstimmung mit der neoklassischen Sichtweise davon aus, dass es ein angebotsseitig, d.h. durch die Lage des Arbeitsmarktes und die Technologie, bestimmtes Niveau der Produktion gibt, das mit Vollbeschäftigung vereinbar ist. Dem entspricht ein "Vollbeschäftigungs-Einkommen" Y_v . Ein Blick auf die Ableitung der effektiven Nachfrage Y^* zeigt nun, dass - insbesondere bei exogen bestimmten Investitionsausgaben - nichts garantiert, dass diese beiden Werte zusammen fallen: $Y_v = Y^*$ ist nicht gesichert, ein Nachfragemangel $Y_v > Y^*$ kann nicht ausgeschlossen werden.

Warum es in Folge eines Nachfragemangels zu einem Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit kommen wird, ist leicht zu erklären. Nehmen wir zunächst an, die Unternehmen würden die für Vollbeschäftigung notwendige Produktion Y_v auf den Markt bringen. Dann entsteht ein Einkommen in gleicher Höhe, von dem die Haushalte entsprechend ihrer Konsumfunktion einen Teil, nennen wir ihn C_v , für den Konsum ausgeben werden; in dieser Höhe können die Unternehmen ihre Produktion jedenfalls absetzen. Den Unternehmen bleiben somit Güter in der Höhe der privaten Ersparnis, $S_v = Y_v - C_v$, "übrig". Entsprechen die Investitionsausgaben nun genau dieser bei Vollbeschäftigung anfallenden Ersparnis, $S_v = I$, dann kann die gesamte Vollbeschäftigungs-Produktion abgesetzt werden, $Y_v = Y^*$, und es gibt keinen Nachfragemangel. Offenkundig folgt aber aus $S_v > I$ das Ergebnis $Y_v > Y^*$: In diesem Fall ist die effektive Nachfrage zu niedrig, Vollbeschäftigung kann nicht aufrechterhalten werden, weil die Unternehmen nicht ihre gesamte Produktion absetzen können. Die bei Vollbeschäftigung fehlende effektive Nachfrage im Ausmaß von $S_v - I > 0$ wird als **"deflatorische Lücke"** bezeichnet. Vollbeschäftigung kann nur erreicht werden, wenn diese Lücke - durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage - geschlossen wird. Im Übrigen führt eine solche deflatorische Lücke dazu, dass die Unternehmer - von Y_v ausgehend - ihre Produktion solange verringern, bis ein Einkommensniveau (nämlich Y^*) erreicht ist, bei dem die effektive Nachfrage wieder für die gesamte Produktion ausreicht.

Der Veranschaulichung des geschilderten Zusammenhangs dient eine als "Keynesian Cross" bekannte grafische Darstellung.



In der Grafik sind die Ausgaben $Z = C + I$ als Funktion des Einkommens Y eingetragen; hierbei ist C die Konsumfunktion, I sind die (exogenen) Investitionen. Das Gleichgewicht Y^* repräsentiert eine Situation der Unterbeschäftigung, beim Vollbeschäftigungswert des Einkommens Y_v besteht eine deflatorische Lücke in der Höhe von $S_v - I$.

4.3 Die Instabilität der Marktwirtschaft

In einem Resümee beschreibt Keynes die Leistungen des marktwirtschaftlichen Systems mit den folgenden Worten: "... the economic system in which we live ... seems capable of remaining in a chronic condition of sub-normal activity for a considerable period without any marked tendency either towards recovery or towards complete collapse. ... full, or even approximately full, employment is of rare and short-lived occurrence." [KEYNES 1936 : S.249f] Eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft neigt demnach insoweit zu Instabilität, als die Marktkräfte nicht ausreichen, die Wirtschaft aus einer Situation des Nachfragemangels zu Vollbeschäftigung zurück zu führen. Das liegt nach Keynes nicht nur an der Schwäche der Selbststeuerungsmechanismen der Marktwirtschaft, sondern auch daran, dass diese durch den dominierenden Einfluss von stark schwankenden und sich abrupt ändernden Erwartungen überlagert werden.

Im Gegensatz zur Keynesschen Sicht vertrauten die Klassiker auf die stabilisierende (zu Vollbeschäftigung zurück führende) Wirkung der Marktmechanismen und begründeten damit die Gültigkeit des Sayschen Gesetzes. Im Folgenden soll daher untersucht werden, welche Argumente Keynes gegen die von den Klassikern ins Treffen geführte Wirksamkeit von Marktmechanismen vorzubringen weiß.

Der Zinsmechanismus

Für die Klassiker kommt zunächst der Zinsmechanismus als ein solcher stabilisierender Effekt in Frage. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass Sparen und Investieren, S und I , einander auf dem **Kapitalmarkt** (oder, in der Bezeichnung der Zeitgenossen, auf dem Markt für "leihbare Fonds") als Angebot und Nachfrage gegenüber stehen - die Haushalte legen ihre Ersparnisse an, die Unternehmen finanzieren ihre Investitionsprojekte. Dabei werden wie oben zinsabhängige Investitionsausgaben, $I = I(E,r)$, unterstellt. Existiert nun bei Vollbeschäftigung eine deflatorische Lücke, $S_v - I > 0$, so bedeutet das ein Überangebot auf dem Kapitalmarkt, die Zinsen werden fallen und dadurch die Investitionen zunehmen, solange bis die Lücke beseitigt und Vollbeschäftigung wieder hergestellt ist.

Aus Keynesscher Sicht steht dem erfolgreichen Wirken des Zinsmechanismus aber eine Reihe von Hindernissen im Wege. Zum einen wird betont, dass die erwartungsbedingt starken Schwankungen in der Investitionsnachfrage den für die Anpassung des Zinssatzes verfügbaren Spielraum überfordern würden. Zum anderen lenkt die Keynessche Zinstheorie den Blick auf von den Klassikern vernachlässigte Komplikationen.

Nach der klassischen Zinstheorie wird der Zins auf dem Kapitalmarkt bestimmt und ist für die Haushalte als Sparer die Prämie für den Konsumverzicht, Sparen bedeutet in diesem Sinne den Konsum von der Gegenwart in die Zukunft zu verschieben und dafür mit dem Zinssatz entschädigt zu werden. Im Gegensatz dazu wird für die Keynessche Zinstheorie der Zins durch die Entscheidung über die Anlage des bereits bestehenden Vermögens bestimmt, die Wahl besteht im einfachsten Fall zwischen dem Halten von zinslosem Geld (Kasse) oder einer verzinsten, aber mit einem (Kurs-)Risiko behafteten Anlage (z.B. einem Wertpapier) - der Zins wird hier zur Liquiditätsprämie, d.h. zur Prämie für den Liquiditätsverzicht (und nicht für den Konsumverzicht). Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Wirksamkeit des Zinsmechanismus: Erstens bewirkt ein niedrigerer Zinssatz (als Reaktion auf eine deflatorische Lücke) nicht (nur) einen Anreiz für mehr Investitionen, sondern (auch) für die Umschichtung des Vermögens von Wertpapieren in Richtung Kasse, ein "Horten" von Ersparnissen - und dieses wiederum löst gerade jenen deflatorischen Druck aus, den der

Zinsmechanismus verhindern sollte. Trotz der Zinsanpassungen wird daher Vollbeschäftigung nicht auf direktem Wege erreicht werden. Zweitens ist der Wirksamkeit des Zinsmechanismus durch die Funktion des **Zinssatzes als Liquiditätsprämie** eine Grenze gesetzt: Steht als Alternative zu Wertpapieren immer die Möglichkeit der Kassenhaltung (als Vermögensanlage) offen, so kann der Zinssatz niemals auf null sinken (oder gar negativ werden). Bei entsprechend negativer Erwartungslage der Investoren könnte aber gerade in einer Krise ein solcher negativer Zinssatz notwendig sein, um ausreichend Investition zur Schließung der deflatorischen Lücke hervor zu bringen. Auch aus diesem Grund ist daher ein Versagen des Zinsmechanismus möglich.

Der Lohnmechanismus

Für die Klassiker war Arbeitslosigkeit vornehmlich ein Phänomen des Arbeitsmarktes und demnach sollten Anpassungen der Löhne, d.h. Lohnsenkungen, geeignet sein, Vollbeschäftigung wieder herzustellen. Das klassische Argument für **Lohnsenkungen** beruht auf dem direkten Effekt auf die Produktionskosten der Unternehmen: Niedrigere Löhne senken die Produktionskosten und erhöhen (bei unveränderten Produktpreisen) die Gewinne, damit entsteht der Anreiz zur Mehrproduktion, der die Wirtschaft zur Vollbeschäftigung zurückführt.

Die Keynesische Kritik am Rezept der Lohnsenkungen setzt an einigen Schwächen des klassischen Arguments an. Als erstes ist auf die Unterscheidung von Nominal- und Reallöhnen hinzuweisen. In einer Geldwirtschaft können zunächst nur die Nominallöhne gesenkt werden, die behauptete Steigerung der Gewinne ergibt sich nur dann, wenn dies auch zu einer Senkung der Reallöhne führt. Im klassischen Argument sorgt dafür die Annahme, dass sich Lohnsenkungen nicht auf die Produktpreise auswirken; dann wird tatsächlich nur der Kosteneffekt wirksam. Die Produktpreise werden allerdings durch das Niveau der effektiven Nachfrage bestimmt und es liegt nahe, dass Lohnsenkungen über die Minderung der Kaufkraft der Arbeitnehmer die effektive Nachfrage dämpfen. Tatsächlich kann im Keynesischen Modell gezeigt werden, dass - bei gegebenem Zinssatz - der positiv wirkende **Kosteneffekt** durch den negativ wirkenden **Kaufkrafteffekt** genau kompensiert wird. Am Ende sinken also die Preise im gleichen Ausmaß wie die Nominallöhne, der Reallohn bleibt unverändert und es gibt keinen Anreiz zu Mehrproduktion.

Neben diesen **direkten**, einander kompensierenden Kosten- und Kaufkrafteffekten von Lohnsenkungen sind auch noch **indirekte Effekte** zu beachten, die z.B. über den Zinssatz oder über die erwartete Rendite der Investitionen wirken. Ein niedrigerer Lohn und niedrigere Preise werden etwa zur Folge haben, dass weniger Kasse für die Durchführung von Transaktionen benötigt wird. Wird das freiwerdende Vermögen in Wertpapieren angelegt, entsteht eine Übernachfrage auf dem Wertpapiermarkt, die den Zins senkt - das ist der sog. "Keynes-Effekt". Durch niedrigere Zinsen könnte somit die effektive Nachfrage erhöht und die Lohnsenkung wirksam werden. Die Wirksamkeit von Lohnsenkungen auf diesem Weg ist allerdings einerseits an den Zinsmechanismus geknüpft, nur wenn dieser funktioniert, kommt diese Wirkung zu Stande. Andererseits kann derselbe Effekt auch erreicht werden, wenn bei unveränderten Nominallöhnen einfach die Geldmenge erhöht (expansive Geldpolitik betrieben) würde - zwischen den Wirkungen von Lohnsenkungen und expansiver Geldpolitik besteht insofern eine Symmetrie. Zuletzt ist noch zu bemerken, dass dem potentiell stimulierenden Keynes-Effekt auf den Zinssatz negativ wirkende Effekte auf die Erwartungen der Investoren gegenüber stehen: Die von Lohnsenkungen ausgelöste Erwartung künftig sinkender Preise kann z.B. bewirken, dass geplante Käufe in die Zukunft aufgeschoben werden. Insgesamt ist aus Keynesischer Sicht das Urteil über (generelle) Lohnsenkungen als Rezept zur Krisenbekämpfung jedenfalls negativ.

Bei der Keynesischen Widerlegung des klassischen Lohnsenkungsarguments handelt es sich übrigens um ein Beispiel für den in der Makroökonomik (bzw. in der Volkswirtschaftslehre überhaupt) eminent wichtigen **Trugschluss der Verallgemeinerung** (fallacy of composition). Demnach ist zwischen dem individuellen und dem systemischen Effekt bestimmter Verhaltensweisen zu unterscheiden: Was für das einzelne Individuum Erfolg bringt (wenn es allein einer solchen Verhaltensweise folgt), muss nicht auch Erfolg haben, wenn alle Individuen sich so verhalten. Oder am Beispiel des Lohnmechanismus: Wenn ein einzelner Wirtschaftszweig in der Krise ist, dann kann er diese möglicherweise durch Lohnsenkungen kurieren - er hat den Vorteil aus den niedrigeren Lohnkosten, während der Nachteil der verminderten Kaufkraft sich auf alle (anderen) Wirtschaftszweige aufteilt. Wenn aber alle Wirtschaftszweige in der Krise sind und die Löhne senken, kompensieren einander

offensichtlich Vor- und Nachteile, die Lohnsenkung wird wirkungslos. (Im Übrigen ist die wohltätige Wirkung von Adam Smiths "unsichtbarer Hand" gerade daran gebunden, dass was dem Einzelnen nützt auch der Gesamtwirtschaft zu Gute kommt, d.h. dass dieser Trugschluss der Verallgemeinerung nicht auftritt.)

Unsicherheit, Erwartungen, Geldwirtschaft

Die "tiefere" Ursache für die Skepsis gegenüber den stabilisierenden Wirkungen von Marktmechanismen liegt in Keynes' Sichtweise der typischen Entscheidungssituation der Akteure, insbesondere von Investoren und Anlegern. Während nämlich die neoklassische Theorie von rationalen Entscheidungen unter (mehr oder weniger) perfekter Information ausgeht, stellt Keynes die Akteure in ein Umfeld, das von "**fundamentaler Unsicherheit**" gekennzeichnet ist.

Der Begriff der fundamentalen Unsicherheit zielt auf die geläufige Unterscheidung von Risiko und Unsicherheit. In Risiko-Situationen, wie z.B. beim Roulette, ist es möglich, (objektive) Wahrscheinlichkeiten für das Eintreten bestimmter Ereignisse anzugeben. Unsicherheit bezieht sich hingegen auf jene Situationen, wo solche Angaben von Wahrscheinlichkeiten unmöglich oder sinnlos sind. "The sense in which I am using the term is that in which the prospect of a European war is uncertain, or the price of copper and the rate of interest twenty years hence, or the obsolescence of a new invention, or the position of private wealth owners in the social system in 1970. About these matters there is no scientific basis on which to form any calculable probability whatever. We simply do not know." [KEYNES 1937 : S.113f]

Da es keine Basis für rationale Entscheidungen gibt, folgen die Akteure bestimmten "**Konventionen**":

- * Sie gehen davon aus, dass die Zukunft der Vergangenheit ähnlich sein wird, sofern nicht starke Gründe dagegen sprechen.
- * Sie folgen Daumenregeln, d.h. groben Vereinfachungen, die sich in der Praxis bewährt haben, die aber keine theoretische Begründung haben.
- * Sie orientieren sich in ihrem Verhalten am Verhalten anderer.

Damit wird ihr Verhalten, namentlich das der Investoren und der Anleger auf den Finanzmärkten, empfänglich für **massenpsychologische Phänomene** (Euphorie oder Panik) und für plötzliche Stimmungsumschwünge.

So beschreibt Keynes z.B. die Entscheidungen der Investoren nicht als Ergebnis rationaler Berechnung, sondern ihrer "**animal spirits**": "... a large proportion of our positive activities depend on spontaneous optimism rather than on a mathematical expectation ... Most, probably, of our decisions to do something positive, the full consequences of which will be drawn out over many days to come, can only be taken as a result of animal spirits - of a spontaneous urge to action rather than inaction, and not as the outcome of a weighted average of quantitative probabilities." [KEYNES 1936 : S.161]

Das Phänomen der Unsicherheit ist auch wichtig für die Rolle, die Geld in der Wirtschaft spielt. Stellen die Klassiker die Zahlungsmittelfunktion in den Vordergrund, so betont Keynes die Funktion von Geld als einem Wertaufbewahrungsmittel, d.h. einer Vermögensanlage. Demgemäß wird nach Keynes Geld (Kasse) nicht nur für Transaktionszwecke, zur Abwicklung von Käufen und Verkäufen, gehalten, sondern auch wegen seiner **Liquidität**, die eine flexiblere Disposition über das Vermögen erlaubt als z.B. die Anlage in Wertpapieren. Der Liquiditätsvorteil des Geldes ist besonders in Situationen hoher Unsicherheit von Bedeutung: "our desire to hold money as a store of wealth is a barometer of the degree of our distrust of our calculations and conventions concerning the future". [KEYNES 1937 : S.116] Die subjektive Wahrnehmung von Unsicherheit veranlasst die Anleger einen größeren Teil ihres Vermögens in liquider Form (in "Geld") zu halten, wodurch - bei starrem Geldumlauf - der Zins als Liquiditätsprämie in die Höhe getrieben wird. Auch in dieser Hinsicht wird eine zentrale Größe des Wirtschaftsablaufs, der Zinssatz, von Erwartungen und Unsicherheit bestimmt und ist daher den Unwägbarkeiten eines durch Konventionen bestimmten Verhaltens ausgesetzt.

In die gleiche Richtung zielt auch Keynes' Kritik an der Rolle der **Spekulation** auf den Finanzmärkten. Die Herausbildung von Finanzmärkten, auf denen die Vermögenstitel auf langfristige Kapitalanlagen (wie z.B. Aktien) täglich gehandelt werden, bringt zwar einen enormen Vorteil durch den Zuwachs an Liquidität solcher Titel, begünstigt jedoch das kurzsichtige Gewinnstreben der Spekulation im Gegensatz zur langfristigen Sicht der eigentlichen unternehmerischen Investoren (der "entrepreneurs"). Für die Spekulation gilt, dass: "Most of these persons are, in fact, largely concerned, not with making superior long-term forecasts of the probable yield of an investment over its whole life, but with foreseeing changes in the conventional basis of valuation a short time ahead of the general public. They are concerned, not with what an investment is really worth to a man who buys it 'for keeps', but with what the market will value it at, under the influence of mass psychology, three months or a year hence. Moreover, this behaviour is not the outcome of a wrong-headed propensity. It is an inevitable result of an investment market organised along the lines described." [KEYNES 1936 : S.154f] Damit kann es auf den Finanzmärkten zu einem "Herdenverhalten" kommen, das Stimmungsumschwünge gefährlich verstärkt, da alle Anleger versuchen zu erraten, was die anderen Anleger tun werden. Keynes beurteilt daher, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Börsenkrachs von 1929, die Effizienz der Finanzmärkte ausgesprochen kritisch: "When the capital development of a country becomes a by-product of the activities of a casino, the job is likely to be ill-done." [KEYNES 1936 : S.159]

4.4 Das Stagnationsproblem

Die im Vorigen dargestellte Keynessche These der Instabilität der Marktwirtschaft bezieht sich auf die kurze Frist, d.h. etwa auf den Zeithorizont eines Konjunkturzyklus. In dieser kurzen Frist sind die Investitionsentscheidungen primär durch die erwartete Rendite bestimmt, die in Folge von Optimismus und Pessimismus von den tatsächlich realisierten Erträgen erheblich abweichen kann. In der langen Frist, auf einen Zeitraum von Jahrzehnten oder Generationen bezogen, werden aber die tatsächlich erwirtschafteten Erträge über die Herausbildung von Konventionen die Erwartungen der Unternehmer wesentlich bestimmen. Keynes wendet seine allgemeine Theorie wiederholt auch auf die Probleme dieser langen Frist an.

Für die Abschätzung der langfristigen Perspektiven des Kapitalismus nimmt Keynes die Lage eines reichen und hoch entwickelten Industriestaats (wie Großbritannien) zum Modell - signifikanterweise kommt das Problem der Entwicklungsländer in Keynes' Denken kaum vor. Für die Industriestaaten prophezeit er, eine (nota bene: von Kriegen) ungestörte Kapitalakkumulation würde innerhalb einer Generation den Kapitalstock bis zu einem Sättigungspunkt erhöhen, so dass keine Renditen mehr erwirtschaftet werden können. Der positive Aspekt dieser Prophezeiung - sozusagen die dahinter steckende **Keynessche Utopie** [KEYNES 1931 : V-2] - ist der daran geknüpfte Glaube an das Verschwinden des ökonomischen Problems und an die Chance einer von ökonomischen Zwängen befreiten Lebensweise: alle "vernünftigen" Bedürfnisse könnten erfüllt werden; der Zinssatz (nicht der unternehmerische Gewinn) würde verschwinden (die "Euthanasie der Rentiers"); eine kürzere Arbeitszeit (ein 4-Stunden-Tag) wäre ausreichend; Gewinnstreben und die Liebe zum Geld würden ihre Nützlichkeit verlieren und wieder als unmoralisch erkannt werden.

Einen möglichen negativen Aspekt dieser Entwicklung beschreibt das "**Dilemma eines reichen Landes**". In einem solchen reichen Land - in einem Stadium, das der Keynesschen Utopie entspricht - herrscht notwendiger Weise Stagnation, das Wirtschaftswachstum und die Investitionstätigkeit sind zum Erliegen gekommen. Fällt nun bei dem für Vollbeschäftigung notwendigen Einkommen eine positive Ersparnis an, dann kann es wiederum zu einer Nachfragemangel-Arbeitslosigkeit kommen, die eine Steuerung der effektiven Nachfrage geboten erscheinen lässt. In der Übergangsphase, bis die Anpassung an den neuen Zustand der Bedürfnissättigung gelungen ist, würde die Ausdehnung der öffentlichen Investitionen und die Umverteilung mittels Besteuerung (weg von den Wohlhabenden mit niedriger Konsumneigung) unumgänglich.

5 DAS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PROGRAMM DES KEYNESIANISMUS

War die These von der Tendenz zu chronischer Unterbeschäftigung im Kapitalismus das zentrale Ergebnis der Keynes'schen Theorie, so bot diese auch die Grundlage für ein wirtschaftspolitisches Programm, das Vollbeschäftigung (und damit auch den Bestand des kapitalistischen Systems) sichern sollte. Auf der Grundlage der Keynes'schen Theorie lässt sich diese Tendenz und damit die **Notwendigkeit staatlicher Eingriffe**, d.h. einer aktiven Konjunkturpolitik, durch zwei einander ergänzende Überlegungen begründen.

Eine "**pragmatische**" Begründung geht von der empirischen Tatsache der Rigidität von Preisen und (besonders) Löhnen aus: Eine passive Wirtschaftspolitik, wie sie dem System des Goldstandards entsprach - Orientierung der Wirtschaftspolitik an externen Zielen, während für die Erreichung von Vollbeschäftigung flexible Preise und Löhne sorgen sollen - ist angesichts rigider Nominallöhne mit inakzeptablen gesellschaftlichen Kosten verbunden. Immer höhere Arbeitslosigkeit müsste in Kauf genommen werden, um endlich doch ein Sinken der Löhne zu erzwingen, während eine aktive Wirtschaftspolitik dies vermeiden kann. (Wie im Übrigen die gegenwärtige Renaissance passiver Wirtschaftspolitik, zumindest in Europa, zeigt, ist die Einschätzung dessen, was akzeptable gesellschaftliche Kosten sind, zeitlichen Schwankungen unterworfen.)

Die andere, "**fundamentale**" Begründung beruht auf der These der Instabilität der Marktwirtschaft, und zwar von Instabilität in einem doppelten Sinn: Einerseits üben stark schwankende Erwartungen einen enormen Anpassungsdruck auf Löhne und Preise aus, andererseits ist selbst bei hoher Preis- und Lohnflexibilität die rasche Rückkehr zu Vollbeschäftigung nicht gesichert (dies folgt aus der Kritik des Zins- und Lohnmechanismus). Zudem hält Keynes stabile (nicht zu stark schwankende) Nominallöhne für eine Bedingung des effizienten Funktionierens einer Geldwirtschaft.

Als Instrumente einer aktiven, d.i. keynesianischen, Stabilisierungspolitik kommen Geld- bzw. Fiskalpolitik in Frage. Die **Geldpolitik** wird von Keynes durchaus nicht gering geschätzt, er sieht in der Steuerung des Zinssatzes durch die Zentralbank ein wichtiges Instrument, um kurzfristige Schwankungen in der erwarteten Rendite von Investitionen entgegen zu wirken und langfristig durch eine Niedrigzinspolitik ein möglichst hohes Wachstum zu fördern. In der Ausnahmesituation der Bekämpfung einer tiefen Krise (extremer Pessimismus der Investoren, extrem niedrige Zinssätze) ist Geldpolitik allerdings nicht (ausreichend) wirksam und muss durch den Einsatz der Fiskalpolitik ergänzt werden.

Unter **Fiskalpolitik** wird der Einsatz von Staatsausgaben und Steuern zur Steuerung der effektiven Nachfrage verstanden. Keynes plädiert für eine antizyklische Fiskalpolitik (z.B. bei öffentlichen Investitionen), die Schwankungen der effektiven Nachfrage ausgleichen soll: "Deficit spending" in der Krise, Budgetüberschüsse in der Hochkonjunktur. Mit den Staatsausgaben soll hierbei in der Krise die "deflatorische Lücke" kompensiert, d.h. die fehlenden Investitionen, ersetzt werden. Umgekehrt ist es, selbst wenn dies polit-ökonomisch schwer durchzusetzen sein mag, auch eine Lehre aus der Keynes'schen Theorie, dass die Hochkonjunktur (und jedenfalls nicht die Krise) der geeignete Zeitpunkt für öffentliche Sparsamkeit (Sanierung des Budgets) ist. Besonders wichtig wird, wie erwähnt, der Einsatz der Fiskalpolitik in der Situation einer tiefen Krise, wenn die Geldpolitik ihre Wirksamkeit verloren hat. (Keynesianer würden die derzeitige Situation Japans als ein Beispiel einer solchen Krise betrachten, wo nur der gemeinsame Einsatz von Geld- und Fiskalpolitik Erfolg verspricht.)

Die **Lohnpolitik** bildet in der Keynes'schen Theorie insofern einen "blinden Fleck", als Keynes selbst keine eindeutigen Leitlinien für eine solche Politik formuliert. Wie erwähnt, zieht Keynes eine flexible Wirtschaftspolitik (Geld- und Fiskalpolitik) einer Politik der Lohnanpassung vor, letzteres käme einem "monetary management by the trade unions" [KEYNES 1936 : S.267] gleich. Lohn- und Geldpolitik sind einander symmetrisch: Alles, was durch flexible Löhne bei einer rigiden (passiven) Geldpolitik erreicht werden könne, kann auch eine flexible (aktive) Geldpolitik bei rigiden Nominallöhnen zustande bringen. Jedoch würde nur eine "foolish", "unjust" oder "inexperienced person" eine Politik der Lohnanpassung vorziehen. Praktisch befürwortet Keynes somit stabile bzw. (bei stabilen Preisen) mit dem Produktivitätsfortschritt steigende Nominallöhne.

Damit keynesianische Wirtschaftspolitik erfolgreich betrieben werden kann, ist noch eine weitere

Voraussetzung zu erfüllen: Ein einzelnes Land muss imstande sein, eine solche Politik autonom (wenn nicht im Rahmen internationaler Kooperation) umzusetzen. Ein internationales Währungssystem, das diese **Autonomie** zulässt, muss entweder durch Beschränkungen der Kapitalmobilität (daher befürwortete Keynes auch Steuern auf internationale Finanztransaktionen, im Sinne der heute sog. "Tobin-Steuer") oder durch flexible Wechselkurse gekennzeichnet sein. Der Goldstandard - mit fixen Goldparitäten und hoher Kapitalmobilität - hatte eine solche Autonomie unmöglich gemacht und war gerade darum von Keynes kritisiert worden. Insgesamt wollte Keynes, wie bereits oben erwähnt, den Kapitalismus nicht durch ein anderes System ersetzen, sondern reformieren, er sah in der Unfähigkeit die Krise zu überwinden eine Gefährdung des Kapitalismus, die es zu meistern galt. In der Krise würden durch Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Verzweiflung politische Kräfte an Bedeutung gewinnen, die das kapitalistische System selbst abschaffen wollten, zu Keynes' Zeiten waren dies der Faschismus und der Kommunismus sowjetischer Prägung.

Diesem Projekt der Rettung des Kapitalismus entspricht auch, dass Keynes die Rolle des Staates auf die Beseitigung von Unterbeschäftigung beschränkt, sonst aber den Marktkräften durchaus zu vertrauen bereit ist: "It is in determining the volume, not the direction, of actual employment that the existing system has broken down." [KEYNES 1936 : S.379] Ist Vollbeschäftigung (durch Staatseingriff) gesichert, dann akzeptiert Keynes nicht nur die Ergebnisse des Marktes, sondern in diesem speziellen Fall auch die klassische Theorie, die deren Zustandekommen erklärt: "If we suppose the volume of output to be given ... then there is no objection to be raised against the classical analysis of the manner in which private self-interest will determine what in particular is produced, in what proportions the factors of production will be combined to produce it, and how the value of the product will be distributed between them." [KEYNES 1936 : S.378]

6 AUFSTIEG UND NIEDERGANG DES KEYNESIANISMUS

Im Bereich der wissenschaftlichen Diskussion war der Keynesischen Revolution ein unmittelbarer Erfolg beschieden: Innerhalb eines Jahrzehnts nach Erscheinen der "General Theory" hatte sie alle konkurrierenden Erklärungen verdrängt und war die keynesianische Theorie zum dominierenden Paradigma der in dieser Form neu begründeten Makroökonomie geworden. Diese Vormachtstellung konnte bis in die 70er Jahre - den Zeitpunkt der sog. "monetaristischen Gegenrevolution" - aufrechterhalten werden. Obwohl die Keynesische Theorie in Reaktion auf die Große Depression entwickelt worden war, spielte sie für die Krisenpolitik zu jener Zeit keine wichtige Rolle und auch nach dem Krieg wandte sich die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder nur zögernd dem Keynesianismus zu, manchmal erst zu einem Zeitpunkt, als dieser in der theoretischen Debatte bereits heftig kritisiert wurde.

Im Folgenden soll eine kurze Skizze der Interpretationsgeschichte des Keynesianismus einige Aufschlüsse über die Ursachen von Aufstieg und Niedergang geben.

Für die ersten Jahre der Keynesischen Revolution ist einerseits das Ausmaß charakteristisch, in dem sich (insbesondere die jüngeren) ÖkonomInnen zum Keynesianismus bekehrten, andererseits dass Keynes selbst - aus gesundheitlichen Gründen und weil er während des Kriegs seine Zeit der wirtschaftspolitischen Praxis widmete - nach 1937 kaum Stellung bezog. Die Ausformung der keynesianischen Theorie blieb damit seinen Schülern und Exegeten überlassen. Hier setzte sich sehr bald der Ansatz der sog. "**neoklassischen Synthese**" durch. Dieser bestand zunächst darin, die von Keynes nahezu ausschließlich verbal formulierte Theorie formal und mit den Konzepten der neoklassischen Analyse, d.h. als ein Modell des allgemeinen Gleichgewichts, zu erfassen. Die in den Textbüchern (bis herauf in die Gegenwart) popularisierte Version der neoklassischen Synthese zeichnet sich vor allem durch zwei Eigenschaften aus:

* Arbeitslosigkeit und damit die Notwendigkeit aktiver Stabilisierungspolitik wurden auf die Rigidität der Nominallöhne zurückgeführt, während die Keynesische These der Instabilität der Marktwirtschaft

in den Hintergrund geriet. In diesem Sinne entspricht die neoklassische Synthese einer "pragmatischen", nicht einer "fundamentalen" Begründung des Keynesianismus.

* Konsequenter Weise, da Nominallöhne ja nicht für unbegrenzte Zeit rigide bleiben, wurde der Keynesianismus zu einer Theorie der kurzen Frist (für Phänomene des Konjunkturzyklus), während für die lange Frist (für Phänomene des Wirtschaftswachstums) auf die "klassische" Theorie und deren Vollbeschäftigungs-Annahme zurück gegriffen wurde.

Damit hatte sich die neoklassische Synthese jedoch von der ursprünglichen Keyneschen Theorie entfernt. Der Rückgriff auf Bausteine und Lehrsätze des "klassischen" Modells erschwerte einerseits die Verteidigung des Keynesianismus als eigenständige Theorie gegenüber der monetaristischen Kritik, die im wesentlichen eine Rückkehr zu einem reformulierten (neo-)klassischen Paradigma propagierte. Andererseits bewirkte sie die Herausbildung des sog. "**Postkeynesianismus**", der es sich zum Ziel setzte, eine auf dem Ur-Text gründende Keynesche Theorie als Fundamentalkritik der (Neo-)Klassik zu entwickeln. Allerdings liegt ein in sich geschlossenes System des Postkeynesianismus bislang nicht vor, vielmehr erscheint dieser (zumindest dem Außenstehenden) in eine Vielzahl von Schulen zersplittert.

Nicht nur die mit dem vorüber gehenden Aufstieg zu einer neuen Orthodoxie einhergehende Verzerrung und Vereinfachung der Keyneschen Theorie erwiesen sich als fatale Schwäche, auch in der praktischen Wirtschaftspolitik sah sich der (bzw. dieser) Keynesianismus neuen Herausforderungen gegenüber, denen er nicht völlig gerecht werden konnte.

Ein ungelöstes Problem bildete die **Lohnbildung**: Während Keynes stabile (bzw. mit dem Produktivitätswachstum steigende) Nominallöhne als empirische Tatsache und zugleich als wirtschaftspolitisch wünschenswert betrachtete, war bald klar, dass gerade der Erfolg keynesianischer Politik mit diesem Ziel in Konflikt geraten konnte: Die Verwirklichung langer Phasen von Vollbeschäftigung durch keynesianische Wirtschaftspolitik (von Gegnern stets als "Beschäftigungsgarantie" kritisiert) führte letztlich zu steigenden Nominallöhnen, was nicht nur Inflationsgefahr bedeutete, sondern auch eine Grundlage der keynesianischen Theorie unterminierte. In diesem Zusammenhang bot sich die Erweiterung keynesianischer Politik durch Einbeziehung korporatistischer Elemente (zentralisierte Lohnbildung durch Verhandlung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden) an. Tatsächlich zeigen empirische Untersuchungen [CALMFORS/DRIFILL 1988], dass Systeme zentraler Lohnbildung hinsichtlich ihrer makroökonomischen Leistungsfähigkeit gut abschneiden. Trotzdem sind sie mit dem Niedergang des Keynesianismus und gegenüber den Forderungen nach flexibleren Arbeitsmärkten in Verruf geraten.

Einen weiteren Angriffspunkt bildete der in der Blütezeit des Keynesianismus unternommene Versuch der "**Feinststeuerung**" des Konjunkturzyklus - statt die Instrumente keynesianischer Wirtschaftspolitik für den Fall einer großen Krise aufzusparen, wurden diese Mittel (z.B. die Inkaufnahme von Budgetdefiziten) für die Verwirklichung immer ambitiöserer Beschäftigungsziele eingesetzt und so der Handlungsspielraum für künftige Krisenpolitik eingeengt. Generell gilt wohl, dass der frühe Erfolg keynesianischer Wirtschaftspolitik diese dazu bewegte, die Wirksamkeit staatlicher Eingriffe zu über- und gegengleich die Bedeutung von Marktmechanismen zu unterschätzen.

Von entscheidender Bedeutung erwies sich im letzten Jahrzehnt der Prozess der Internationalisierung bzw. der **Globalisierung** der Wirtschaft. Die zunehmende Offenheit der Volkswirtschaften gegenüber dem internationalen Handel und vor allem das enorme Ausmaß und die Mobilität der internationalen Kapitalströme haben den einzelnen (insbesondere den kleinen) Ländern weitgehend jene Autonomie geraubt, die notwendig wäre, um keynesianische Politik umsetzen zu können. Als Beispiele aus jüngster Zeit seien die Aufgabe autonomer Geldpolitik in den Ländern der Euro-Zone durch die Schaffung der gemeinsamen Währung und die Begrenzung der fiskalpolitischen Autonomie durch die Regeln des sog. Stabilitäts- und Wachstumspaktes genannt.

Zuletzt ist noch kurz auf eine spezifisch österreichische Variante, den sog. "**Austrokeynesianismus**", einzugehen. Dieser kombinierte, vor allem in den 70er und 80er Jahren, eine gemäßigt antizyklische Fiskalpolitik mit der Bindung des Schillings an die DM ("Hartwährungspolitik") und dem korporatistischen Element zentraler Lohnbildung ("Sozialpartnerschaft"). Besonders bemerkenswert war hierbei die Orientierung der Lohnpolitik an dem durch Hartwährungspolitik und Produktivitätsentwicklung bestimmten Spielraum, der mit der

Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit vereinbar war. Letztlich musste aber auch dieser Versuch einer eigenständigen keynesianischen Politik eines kleinen offenen Landes angesichts der oben angeführten Beschränkungen - Verlust der Autonomie über die nationale Wirtschaftspolitik, Grenzen der Fiskalpolitik angesichts steigender Staatsverschuldung, Forcierung flexiblerer Arbeitsmärkte und Schwächung der Verbände - aufgegeben werden.

LITERATUR

BLAUG, Mark : John Maynard Keynes. Life, Ideas, Legacy. 1990

CALMFORS, Lars / DRIFILL, John : Bargaining structure, corporatism and macroeconomic performance. In: Economic Policy 6. 1988

KEYNES, J.M. : The Economic Consequences of the Peace (1919). The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol.2. 1971

KEYNES, J.M. : A Tract on Monetary Reform (1923). The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol.4. 1971

KEYNES, J.M. : A Treatise on Money (1930). The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol.5/6. 1971

KEYNES, J.M. : Essays on Persuasion (1931). The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol.9. 1972

KEYNES, J.M. : The General Theory of Employment, Interest and Money (1936). The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol.7. 1973

KEYNES, J.M. : The General Theory of Employment (1937). The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol.14. 1973